

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

Holzbau als umweltgerechte Variante des Bauens?

Bremen steht auch in den kommenden Jahren vor einer starken Bautätigkeit, um die ungebremschte Nachfrage nach Wohnraum zu befriedigen. Notwendige Projekte in der Überseestadt, auf dem Rennbahn- und dem Tabakquartier, aber auch in der Nachverdichtung in bestehenden Quartieren gehen mit einem starken Naturverbrauch einher. Die Bauwirtschaft verursacht dabei hohe Kohlenstoffdioxid-Emissionen.

Andere Bundesländer haben darauf reagiert und fördern vermehrt Holz- bzw. Holzhybridbauten, die ca. 50 bis 70 Prozent geringere Kohlenstoffdioxid-Emissionen verursachen als konventionelle Bauten. Insbesondere vor dem Hintergrund der weltweiten Knappheit von Bausand und der dementsprechend stark ansteigenden Preise ist der Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen geboten. Im städtischen Wohnungsbau haben Holz- bzw. Holzhybridbauten besondere Vorteile, weil durch den hohen Vorfertigungsgrad stark verkürzte Bauzeiten anfallen, zudem bindet Holz als nachwachsender Rohstoff „graue Energie“ und ist während der Nutzung ein Kohlenstoffdioxid-Lager. Nach abgelaufener Nutzung ist Holz zudem umweltfreundlich zu entsorgen.

Der heutige Holzbau eignet sich wegen der kurzen Bauzeiten und der lärm- und staubreduzierenden Baustellenabwicklung für den Geschosswohnungsbau bis zur Hochhausgrenze (sechs bis sieben Stockwerke bzw. 22 Meter Höhe). Da Holz ein leichter Baustoff ist, eignet er sich sowohl für den Neubau als auch für den Dachgeschossausbau und für die Aufstockung von Altbauten.

In Bremen ist Holz in der Gebäudeklasse 5 bisher nicht zugelassen und in der Gebäudeklasse 4 nur mit besonders hohen Auflagen. Andere Bundesländer haben lange erkannt, dass der Einsatz von Holz sinnvoll ist. Auch die Architekten- und Ingenieurkammer (August 2018) sowie der BUND (September 2018) fordern eine entsprechende Regelung in Bremen. In der Rangordnung der Bundesländer hat Bremen den geringsten Anteil an Holzbauten im Wohnungsbau.

Die Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen haben bereits in den letzten Jahren ihre Landesbauordnungen entsprechend verändert und den Einsatz von Holz im Geschosswohnungsbau erleichtert.

Auch vor dem Hintergrund der in Bremen bisher verfehlten Senkung der Kohlendioxidwerte fragen wir den Senat:

1. Strebt der Senat nach Berliner Vorbild eine Änderung der Landesbauordnung an mit dem Ziel, das umweltgerechte Bauen zu erleichtern?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, Bauvorhaben, deren Hauptelement die Bereitstellung, Verarbeitung und Verwendung von Holz ist, mit Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu unterstützen?
3. Welche Chancen sieht der Senat, durch Projekte des seriellen Bauens in Holzbauweise Bauvorhaben in kürzeren Zeiträumen fertigzustellen?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, durch die Erschließung neuer Anwendungsfelder für den nachwachsenden und umweltfreundlichen Rohstoff Holz die Bautätigkeit im Land Bremen zu forcieren, um so dringend benötigten Wohnraum zu schaffen?
5. Hält der Senat Modellprojekte für Wohnbauten in Holzbauweise in Bremen und Bremerhaven für sinnvoll?
6. Nachhaltige Baumaterialien wie Holz helfen dem Klimaschutz und vermeiden unnötige Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor. Für wie hoch hält der Senat das Einsparpotential durch den Einsatz von Holz in der Gebäudekonstruktion pro Wohneinheit und welche Auswirkungen hält der Senat für die bremische Klimabilanz für möglich?
7. Das KfW-Programm „Energieeffizient Bauen“ kann bei entsprechenden Voraussetzungen auch für Holzbauten beantragt werden. Sind dem Senat Zahlen bekannt, wie viele Wohneinheiten im Land Bremen nach diesem Programm seit 2015 gefördert wurden?

Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD